

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9030/39  
Telefax: 888 846 ppbn d  
Telefax: 21 0884



## Inhalt

Hans Büchler MdB zu Motiven und Perspektiven sozialdemokratischer Ost- und Entspannungspolitik: Deutschland und Europa (Teil I).

Seite 1

Dr. Edith Niehuis MdB zur Gefahr der Verhärtung der religiösen Fronten auf dem Subkontinent: Indien vor großen inneren Problemen.

Seite 4

Günter Topmann MdB zum Erfordernis eines EG-Beschlusses, der Italien veranlaßt, Recht und Ordnung wiederherzustellen: Alpen-Transit - neue Probleme am Brenner.

Seite 5

Berichtigung

Seite 6

45. Jahrgang / 207

29. Oktober 1990

### Deutschland und Europa (Teil)

**Zu Motiven und Perspektiven sozialdemokratischer Ost- und Entspannungspolitik**

Von Hans Büchler MdB

**Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für Innderdeutsche Beziehungen**

In der Politik der Bundesrepublik Deutschland gab es in den letzten 40 Jahren immer wieder Verbindungslinien zwischen der

Europapolitik und der Deutschlandpolitik - und es gab auch immer wieder grundsätzliche Kontroversen über die Ziele und Zielkonflikte dieser Politik.

Das fing in den 50er Jahren an mit dem Beitritt zum Europarat, den Westverträgen und wiederholte sich später in den 60er, 70er Jahren mit der Ost- und Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition.

Beide Elemente, die deutschlandpolitische und die europapolitische, sind bereits verbunden in der Präambel des Grundgesetzes, in der das deutsche Volk aufgefordert wird, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden und zugleich als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Auch der Deutschlandvertrag enthält als gemeinsames Ziel der drei Mächte und der Bundesrepublik Deutschland ein wiedervereinigtes, freiheitlich-demokratisches Deutschland, "das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist." Auch die Briefe zur deutschen Einheit, die zum Moskauer Vertrag und zum Grundlagenvertrag übergeben wurden, haben nicht nur den nationalen Vorbehalt verankert, sondern zugleich den Anspruch und die Hoffnung benannt, "auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt."

Es wird nicht überraschen, wenn ich behaupte:

Die Politik der Sozialdemokraten hat sowohl deutschlandpolitisch wie europapolitisch zu den langfristig angestrebten und erhofften Zielen geführt - oder zumindest uns diesen Zielen sehr nahe gebracht.

Ich möchte die Behauptung gerne belegen:

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verändertes Umweltsymbol  
mit veränderten Rohstoffen  
Recycling-Papier



Es war der Sozialdemokrat Willy Brandt, der als regierender Bürgermeister von Berlin die Politik der kleinen Schritte entwarf, die er dann als Bundeskanzler ab 1969 weiterentwickelte.

Es ging dabei nicht um die Anerkennung der Teilung oder gar der Mauer, sondern um Erleichterungen für die Menschen - aus der Überzeugung, "daß die Nation in ihrem Bestand gefährdet sein würde, sollten die Familien und die Volksteile auseinanderdriften".

Aus diesen kleinen Schritten wurde die Ostpolitik - mit den Verträgen von Moskau, Warschau und Prag mit dem Vier-Mächte-Abkommen und dem Transit-Abkommen, dem Verkehrsvertrag und schließlich dem Grundlagenvertrag und seinen Folgeverträgen. All diese Verträge brachten Erleichterungen für die Menschen - und man wird daran erinnern dürfen, alle diese Verträge wurden politisch erbittert bekämpft.

Die Verträge - insbesondere die deutschlandpolitischen Abkommen - brachten natürlich für die Machthaber in dem anderen deutschen Staat auch - wer will das leugnen - ein Stück mehr Stabilität und Geld. Aber zugleich destabilisierte der tausend- und millionenfache Kontakt zwischen den Menschen und der Fluß der Meinungen und Nachrichten über die elektronischen Medien das Regime, durchbrach die menschenverachtende Abschottungsstrategie und unterhöhlte das Agitations- und Propagandamonopol der SED-Machthaber.

Die Philosophie der damaligen Ostpolitik mündete ein in die gesamteuropäische Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Auch hier wird man daran erinnern dürfen, daß dieses wichtige und entscheidende Vertragswerk erbittert bekämpft wurde.

Die Schlußerklärung von Helsinki mit ihrer klaren Herausstellung der Menschenrechte leitete die Wende in der Sowjetunion, in Polen, in der CSSR, Ungarn und in der DDR ein. Ohne den Helsinki-Prozeß wäre die Charta 77, wäre Solidarnosc, wären die Menschenrechtskampagnen und wäre Sacharow nicht denkbar gewesen. Alle haben sich auf Helsinki berufen können.

Der spätere Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Botschafter Max Kampelman, erinnerte daran, daß damals diejenigen, die die Schlußakte von Helsinki als dauerhafte Triebfeder für Stabilität zwischen Ost und West sowie für Frieden und Zusammenarbeit in Europa erachteten, als unrealistische Träumer angesehen worden seien. Die in dem Dokument verankerten Werte waren zweifelsohne westliche Werte und man war skeptisch, ob die Sowjetunion ihre auf dem Papier gegebenen Versprechen in die Praxis umsetzen würde.

In der nur kurzen Zeitspanne von 15 Jahren habe man jedoch beobachten können, daß die in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Werte heute beispiellos sind und ganz Europa erfassen. Es sind menschliche Werte, die der Auslöser für tiefgreifende demokratische Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa wurden.

All diese von mir genannten Schritte waren notwendig, um die Folgen der Teilung zu mindern, und Menschen zusammenzuführen, um Spannungen abzubauen, Zusammenarbeit zu fördern und gemeinsame Sicherheit - auch dies bis vor kurzem eine nahezu strafbare Formulierung - den Weg zu ebnen - all dies zielte darauf ab, die Teilung Berlin und Deutschlands und Europas überwinden zu helfen, ohne bewährte Freundschaften aufs Spiel zu setzen.

Dies alles wird - wie Willy Brandt in seiner Rede im Reichstag am 4. Oktober weise zurückblickend bemerkte - nicht mehr in Zweifel gezogen und dabei hatte und hat - wie er einräumte - keiner von uns letzte Wahrheiten gepachtet und er fügte hinzu: "In gewisser Hinsicht sind wir, wenn ich es recht sehe, in der Politik für Deutschland alle eher Stafettenläufer denn Einzelkämpfer". Aber man sollte auch nicht vergessen: "Wo es um vertragliche Regelungen geht, haben eben einige" - und er meint die Sozialdemokraten - "etwas früher begonnen als andere."

Es kann und wird also ernsthaft nicht mehr bestritten: Die Westintegration war das große Verdienst Adenauers, aber ohne die Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts und Helmut Schmidts, ohne die Entspannungspolitik und insbesondere ohne den KSZE-Prozeß wären die Reformen und Demokratiebewegungen in den Ostblockstaaten und in der DDR nicht denkbar und nicht möglich gewesen.

Ich kann einen Hinweis nicht unterdrücken: Bundeskanzler Kohl hat in seiner Rede in Davos am 3. Februar 1990 zum Thema "Europa und die Zukunft aller Deutschen" in die Bedeutung des KSZE-Prozesses mit keinem Wort erwähnt: Da mangelt es offensichtlich an der weisen Gelassenheit Willy Brandts.

Dagegen hat er unter mehreren Ursachen für die Reformbewegung in Mittel-, Ost- und Südeuropa als erstes Generalsekretär Gorbatschow genannt. Insofern kann man ihm nur nachdrücklich zustimmen, denn Gorbatschows Politik der Öffnung, der Umgestaltung und des neuen Denkens hat die Reformprozesse in allen Warschauer Pakt-Staaten ganz entscheidend beeinflusst und beschleunigt.

Wo stehen wir jetzt in Deutschland?

Die staatliche Einigung ist vollzogen. Aber jetzt - nach der staatlichen Vereinigung - beginnt der schwierige und langwierige Prozeß der gesellschaftlichen Vereinigung.

Der Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, hat diese Situation mit einem Brecht-Zitat beschrieben: Hinter uns liegen die Mühen der Berge, jetzt beginnen die Mühen der Ebene. Und die, so meinte Brecht, seien ungleich schwieriger. Jetzt geht es nämlich darum, die Lebensverhältnisse der Menschen im Osten und Westen des vereinten Staates einander anzugleichen. Denn erst dann, wenn unter einem staatlichen Dach nicht mehr zwei Gesellschaften leben, wird man wirklich davon sprechen können, daß Deutschland vereint ist.

Eine Politik, die mit den großen Problemen der gesellschaftlichen Vereinigung fertigwerden will, hat - wie Oskar Lafontaine ständig betont - zwei Voraussetzungen:

- Eine nüchterne Analyse und möglichst genaue Bilanzierung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Lage und
- eine ehrliche Prüfung und Darstellung der finanziellen Möglichkeiten und Entwicklungen.

Ich kann aus Zeitgründen die Vorstellungen der Sozialdemokraten nicht im einzelnen entwickeln, möchte jedoch die Elemente in Stichworten nennen:

- Wir müssen sofort die Voraussetzungen für ein Aufholwachstum schaffen: Dazu gehört ein Programm zur Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur. Der Bedarf an Modernisierung und Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur ist ganz entscheidend für die Entwicklung einer modernen Wirtschaft in der DDR.
- Wir müssen private Investitionen fördern und Investitionshemmnisse beseitigen.
- Wir müssen die Gemeinden schleunigst handlungsfähig machen. Fragen der kommunalen Infrastruktur, der wirtschaftsnahen kommunalen Dienstleistungen sowie der Finanzausstattung der Kommunen sind bisher vernachlässigt worden.
- Wir müssen dafür Sorge tragen, daß das Nachholwachstum im östlichen Deutschland ökologisch ausgerichtet ist. So ist unter anderem gerade in Anbetracht der energiepolitischen Sünden der DDR die energiepolitische Erneuerung der Schlüssel für ein ökologisch ausgerichtetes Wachstum.
- Wir müssen für soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sorgen.

Wir müssen dafür Sorge tragen, daß das soziale Sicherheitssystem funktionieren kann. Mit einer Anschubfinanzierung allein ist dies nicht getan.

Wir müssen ein umfassendes Wohnungsbauprogramm auf den Weg bringen. Wir dürfen nicht die Arbeitslosigkeit hinnehmen, sondern müssen die Beschäftigung fördern.

Dazu können sofort Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften gegründet werden, die den Anpassungsprozeß begleiten und den unvermeidlichen Abbau von Arbeitsplätzen sozialverträglich gestalten.

Man könnte diese Darstellung fortsetzen und vertiefen, aber ich möchte zum zweiten Teil des Themas kommen: Europa.

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

(-/29. Oktober 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Indien vor großen inneren Problemen

Zur Gefahr der Verhärtung der religiösen Fronten auf dem Subkontinent

Von Dr. Edith Niehuls MdB

Vorsitzende der Deutsch-Indischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Indien wird gegenwärtig von drei großen Krisen beherrscht.

Terror und Gegenterror in Kaschmir und Punjab forderten seit Anfang des Jahres 8.000 Tote.

Die Regierung V.P. Singhs, die angetreten ist, sich insbesondere um die soziale Frage zu kümmern, sieht sich seit Einführung einer neuen Quotenregelung massiven Demonstrationen gegenüber.

Die neue Quotenregelung für Kasten sieht vor, daß für niedrige Kasten statt bisher 22 Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst 49 Prozent reserviert werden. Diese neue Regelung hat zu offenen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und demonstrierenden höherkastigen Studenten geführt.

Der Konflikt, an dem die Regierung zu zerbrechen scheint, wird durch die geplante Errichtung eines Hindu-Tempels provoziert. Der Tempel soll in der Pilgerstadt Ayodhya für den Gott Rama gebaut werden und erfordert den Abriss einer wichtigen Moschee der Moslems. Angeblich mußte vor 400 Jahren für diese Moschee ein Hindu-Tempel weichen. Mit dem Neubau des RAMA-Tempels soll das alte Unrecht wieder gutgemacht werden.

Advani, Vorsitzender der Hindu-Partei Bharatija (BJP), unterstützt die Absicht der extremistischen Hindu-Organisation Vishwa Hindu Parishad (VHP), am 30. Oktober mit dem Bau des Tempels zu beginnen.

Er begann mit Tausenden von Anhängern eine 10.000 Kilometer lange Pilgerreise durch das Kernland der Hindus, um für den Tempel zu werben.

Der Appell V.P.Singhs, den Marsch zu verschieben und die Gerichte entscheiden zu lassen, wurde von Advani nicht beachtet. Verschiedene Moslem-Organisationen hatten die Regierung aufgefordert, die radikalen Hindus zu stoppen. Zum Schutz ihrer Moschee wären sie bereit, zu Waffen zu greifen.

Zum Konflikt im Regierungslager kam es dann durch die Festnahme von Advani im Bundesstaat Bihar am 23.10.90. Den Beschluß, Advani zu verhaften, hatte die Regierung der Nationa-

len Front mit Unterstützung der linken verbündeten Parteien am Montag (22.10.) auf einer Kabinettsitzung gefaßt.

Die BJP versagte daraufhin der seit elf Monaten regierenden Koalition der Nationalen Front ihre Unterstützung. Damit verliert die Koalition der Nationalen Front ihre Parlamentsmehrheit.

Neben den Kommunisten (43 Sitze) hat die BJP (86 Sitze) die Regierung im 545 Sitze zählenden Unterhaus unterstützt. Die Regierungsparteien der Nationalen Front haben nur 144 Mandate. Der indische Ministerpräsident Vishwanath Pratap Singh will trotz Rücktrittsforderungen weiter im Amt bleiben und im Parlament von Neu-Dehli die Vertrauensfrage stellen.

Nach der Verfassung sind Singhs Rücktritt, Neuwahlen oder neue Koalitionsbildungen möglich.

Damit steht die seit knapp einem Jahr im Amt stehende Regierung V.P. Singhs vor einer ersten ernsthaften Krise.

Schon bei Regierungsantritt V.P. Singhs gab es Stimmen, die dieser von einer extrem rechten (BJP) und einer extrem linken Partei (CIP-M) unterstützten Regierung wenig Überlebensdauer zugestanden haben. Viele erinnerten an Indira Ghandi, die 1977 mit ihrer Congress-Partei die Wahlen verlor und drei Jahre in der Opposition war, dann aber 1980 die zerstrittene und glücklose Regierung wieder ablösen konnte.

Im Unterschied zu 1980 ist bei möglichen Neuwahlen 1990/91 allerdings nicht mit einem sicheren Wahlsieg Rajiv Ghandis zu rechnen, denn durch die Bevorzugung niedriger Kasten hat sich die Regierung V.P. Singhs durchaus auch weitere Anhänger gesichert. Vielmehr steht zu befürchten, daß der hinduistisch-moslemische Konflikt die religiösen Fronten in Indien verhärtet und zu weiteren Stimmengewinnen der BJP führen könnte.

Eine noch weiter hinduistisch ausgerichtete indische Regierung könnte eine Lösung des Kaschmir-Problems noch mehr erschweren und weitere Konflikte mit Pakistan provozieren.

(-/29. Oktober 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Alpentansit - neue Probleme am Brenner**

**Zum Erfordernis eines EG-Beschlusses, der Italien veranlaßt, Recht und Ordnung wiederherzustellen**

**Von Günter Topmann MdEP**

**Stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments**

Nachdem die EG-Kommission in diesem Sommer durch vernünftiges Krisenmanagement einen wichtigen Beitrag dazu geleistet hat, daß die Auswirkungen der Sperrung der Autobahnbrücke bei Kufstein nicht über das Unvermeidliche hinausgingen, hat sich in diesen Tagen die Lage am Brenner erneut zugespitzt. Aus Verärgerung darüber, daß sie keine Transitlizenz durch Österreich erhalten konnten, weil das - erst in diesem Sommer erhöhte - Kontingent erschöpft war, blockieren italienische Fuhrleute mit ihren Lastkraftwagen die Brennerautobahn am Grenzübergang nach Österreich für den gesamten Verkehr.

Diese erpresserischen Methoden können in einem rechtsstaatlichen Europa nicht hingenommen werden. So verständlich die Probleme der italienischen Fuhrunternehmer sind, sie hätten vermieden werden können, -wenn die italienischen Behörden die Verteilung der Transitlizenzen an die Unternehmen rationaler organisiert hätten. Keinerlei Rechtfertigung gibt es aber dafür, daß interessierte Wirtschaftskrise durch rechtswidrige Maßnahmen einen souveränen Staat zu nötigen versuchen, seine demokratisch legitimierte, den Schutz der Umwelt und die Lebensqualität der Menschen verfolgende Politik zur Eindämmung des LKW-Verkehrs zu ändern.

Das schnelle Eingreifen der EG-Kommission ist zu begrüßen. Als Hüterin des europäischen Rechts hat sie die ersten juristischen Schritte unternommen, um die italienische Regierung anzuhalten, den rechtswidrigen Blockaden ein Ende zu setzen. Noch ist zu hoffen, daß bei der am 30. Oktober bevorstehenden Ratstagung unter italienischer Präsidentschaft eine politische Lösung gefunden wird.

Gelingt dies nicht, wird die EG-Kommission von allen juristischen Mitteln Gebrauch machen und die italienische Republik notfalls im Wege einer einstweiligen Verfügung des Europäischen Gerichtshofes dazu verpflichten müssen, Recht und Ordnung auf den unter ihrer Hoheit stehenden Verkehrswegen wieder herzustellen.

Ein solches Vorgehen ist auch aus Gründen verkehrspolitischer Glaubhaftigkeit unumgänglich. Denn die Gemeinschaft würde ihre eigene Position in den Transitverhandlungen mit den Alpenländern, nämlich allseits akzeptable Lösungen des Transitproblems anzustreben, faktisch dementieren, wenn sie derartige Aktionen seitens der Betonköpfe in der Transportwirtschaft tatenlos hinnimmt.

(-/29. Oktober 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **BERICHTIGUNG**

### **80.425 Juden überlebten**

Im Beitrag "Auschwitz bleibt Inbegriff der Vernichtung" von Hermann Langbein, Sekretär des Internationalen Komitees der Lagerüberlebenden, hieß es (SPD-Pressedienst vom 10. Oktober 1990), von zumindest 1.433.405 Juden, die nach Auschwitz deportiert wurden, konnten 8.425 überleben. Tatsächlich waren es 80.425 und mithin 5,6 Prozent der nach Auschwitz deportierten Juden, die das Vernichtungslager nach der Befreiung verlassen konnten.